



LIBRARIES

UNIVERSITY OF WISCONSIN-MADISON

Aufwärts. Jahrgang 8, Nr. 4 February 17, 1955

Köln: Bund-Verlag, February 17, 1955

<https://digital.library.wisc.edu/1711.dl/EH6BSWZPF2L2B8L>

This material may be protected by copyright law (e.g., Title 17, US Code).

For information on re-use see:

<http://digital.library.wisc.edu/1711.dl/Copyright>

The libraries provide public access to a wide range of material, including online exhibits, digitized collections, archival finding aids, our catalog, online articles, and a growing range of materials in many media.

When possible, we provide rights information in catalog records, finding aids, and other metadata that accompanies collections or items. However, it is always the user's obligation to evaluate copyright and rights issues in light of their own use.



Die Keramikerin Nanette Lehmann

Foto: Ingeborg Sello

Sag **nein** zum Krieg

Von Wolfgang Borchert

Du, Mann an der Maschine und Mann in der Werkstatt. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keine Wasserrohre und keine Kochtöpfe mehr machen — sondern Stahlhelme und Maschinengewehre, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du, Mädchen hinterm Ladentisch und Mädchen im Büro. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst Granaten füllen und Zielfernrohre für Scharfschützengewehre montieren, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du, Forscher im Laboratorium. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst einen neuen Tod erfinden gegen das alte Leben, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du, Dichter in deiner Stube. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keine Liebeslieder, du sollst Haßlieder singen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du, Arzt am Krankenbett. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst die Männer kriegstauglich schreiben, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du, Pfarrer auf der Kanzel. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst den Mord segnen und den Krieg heiligsprechen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du, Kapitän auf dem Dampfer. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keinen Weizen mehr fahren — sondern Kanonen und Panzer, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du, Pilot auf dem Flugfeld. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst Bomben und Phosphor über die Städte tragen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du, Schneider auf deinem Brett. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst Uniformen zuschneiden, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du, Richter im Talar. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst zum Kriegsgericht gehen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du, Mann auf dem Bahnhof. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst das Signal zur Abfahrt geben für den Munitionszug und für den Truppentransport, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du, Mann auf dem Dorf und Mann in der Stadt. Wenn sie morgen kommen und dir den Gestellungsbefehl bringen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Sagt NEIN! Mütter, sagt NEIN!

Denn wenn ihr nicht NEIN sagt, wenn IHR nicht nein sagt, Mütter, dann: In den lärmenden, dampfdunstigen Hafenstädten werden die großen Schiffe stöhnend verstummen und wie titanische Mammutkadaver wasserleichtig, träge gegen die toten, vereinsamten Kaimauern schwanken, algen-, tang- und muschelüberwest den früher so schimmernden, dröhnenden Leib, friedhöflich, fischfaulig duftend, mürbe, siech, gestorben — der sonnige, saftige Wein wird an den verfallenen Hängen verfaulen, der Reis wird in der verdorrten Erde vertrocknen, die Kartoffeln werden auf den brachliegenden Äckern erfrieren, und die Kühe werden ihre todsteifen Beine wie umgekippte Melkschemel in den Himmel strecken —

(„Wer will unter die Soldaten?“ Nr. 1/1955) „In diesem Artikel stimmt die sozialistische Jugend als Organisation der SPD der Wiederbewaffnung nach der Herstellung der deutschen Einheit zu. Man darf annehmen, daß sich der Kurs der Gewerkschaftsjugend nicht allzusehr von dieser Haltung unterscheiden wird. Warum dann aber ein solches Geschrei? Daneben ist doch die Entschließung der III. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaftsjugend gegen den Wehrbeitrag wirklich naiv-idealistisch. Wie wollen sie denn eine Wiederbewaffnung in der Sowjetzone verhindern, zumal sie doch da bereits existiert. Mit einfachem Ablehnen ist es wirklich nicht getan. Selbstverständlich kann man als einzelner auch passiv einer Tyrannei Widerstand leisten, wenn man bereit ist, dafür in den Tod zu gehen. Aber das kann nicht ein Volk in seiner Gesamtheit. Nur darum bejaht der Bund der Deutschen Katholischen Jugend die Aufrüstung, nicht aber, weil er den Krieg will. Er will den Frieden möglichst lange erhalten.“

Welche Verantwortung wollen sie also übernehmen, wenn sie nur sagen »Ich will nicht!« Oder wissen sie überhaupt nicht, was sie wollen, weil sie eben keinerlei Verantwortung tragen wollen?“

Gerd Bruns, Düsseldorf



„Ich bin auch katholisch, und gerade weil ich es bin, lehne ich mit aller Entschiedenheit den Wehrbeitrag ab. Meine Freunde und ich sehen in dem Wehrbeitrag ein großes Wagnis. Mit 14 Jahren sah ich Häuser einstürzen, sah eine Mutter verzweifeln über dem Leichnam ihrer Tochter gebeugt, sah 40 junge Menschen in einem Keller hingerafft durch Bomben, erlebte Mütter, denen ich als Briefträger den Nachlaß ihrer gefallenen Söhne brachte... Und damals habe ich mir geschworen, niemals zu helfen, anderen Menschen solches Leid zuzufügen...“

Andreas Wagner, Hargesheim

(Leserbriefe in Nr. 1/1955) „Lange Zeit habe ich mit mir selbst unvorstellbarer Geduld die »wunderbaren Volksverdummungsartikel« des »Aufwärts« studiert... Liebe Freunde aus Hausham und Peißenberg, man merkt leider doch, daß ihr erst 14- bis 17jährig seid, denn sonst hättet ihr längst einmal zwischen den Zeilen des »Aufwärts« gelesen. Glaubt ihr alles, was in einer SPD-, Verzeihung, DGB-Zeitung steht...? Es muß euch doch ein Licht aufgehen, daß es ohne Soldaten einfach nicht geht. Oder wollt ihr von den Amerikanern und Engländern verlangen, daß sie euch verteidigen...? „Lieber tot als Sklav“, sangen unsere Vorfahren — und dieses Wort sollte auch unser Leitspruch sein.“

H. H. (daß ich meinen Namen nicht nennen kann, liegt an Ihren Kollegen, die alle straff organisiert und parteipolitisch ausgerichtet sind. Ich hätte auf meiner Arbeitsstelle die Hölle auf Erden, wenn die Kollegen meine Zurschrift lesen würden).

(„Das Catchen ist des Spießers Lust“, Nr. 1/1955) „Die Aufnahmen aus dem Publikum einer Catch-Veranstaltung waren sehr eindrucksvoll. Wißt ihr aber auch, daß bei den Catchern selbst alles viel schlimmer aussieht, als es in Wirklichkeit ist? Die arbeiten mit handfesten Tricks und tun sich in den seltensten Fällen wirklich weh. Ihre »Grausamkeiten« sind meist nur Mache für ein sensationslüsternes Publikum.“

Horst Strube, Bielefeld

(„Kurt Tucholsky hatte recht“, Nr. 2/1955) „Ich habe mich sehr gefreut, daß der Todestag des großen Journalisten, Kritikers und Satirikers Kurt Tucholsky euch zu einem Artikel über ihn angeregt hat. Es ist wirklich ein Jammer, daß er nicht mehr lebt. Er könnte uns auch heute viel helfen. In den Tod hat ihn übrigens nicht nur seine Verzweiflung über das Naziregime in Deutschland getrieben, sondern auch eine schwere Kopfkrankheit, die ihn in seinen letzten Jahren ständig geplagt hat.“

Karola Stübgen, Berlin

(„Versuch“, Nr. 2/1955) „Mein Eindruck ist, daß der ehemalige Parlamentspräsident Jugoslawiens, Milovan Djilas, die Forderung nach Gründung einer zweiten sozialistischen Partei in seinem Land nicht einfach von sich aus erhoben hat. Eine zweite sozialistische Partei — das hieße doch, eine sozialdemokratische, und wer wüßte besser als Djilas, daß eine sozialdemokratische Partei in Jugoslawien überhaupt keine Wurzeln schlagen könnte. In diesem Land hatte es nie eine nennenswerte sozialdemokratische Partei gegeben. Und wenn sich heute tatsächlich eine kleine Gruppe unter diesem Namen zusammenfinden sollte, so könnte sie sich auf keinerlei Traditionen stützen. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß Djilas die Forderung vom Ausland eingeflüstert bekommen hat, gerade als Tito in Indien und Burma eine Politik der dritten Kraft propagierte, die zum Beispiel den Amerikanern ausgesprochen gegen den Strich geht.“

Heinz Burhahn, Hamburg

Die Straße und die Ruhe

Von Walter Dirks

Was ist das eigentlich für eine sonderbare Auffassung von Demokratie, die sich da neuerdings mit immer größerer Lautstärke äußert: „Die Straße“ dürfe das Parlament nicht unter Druck setzen; außerparlamentarische Aktionen wie die Versammlungswelle für das Deutsche Manifest gefährdeten die berufenen Einrichtungen der Demokratie; Fragebogenaktionen in einzelnen Städten seien nicht legal; die Gewerkschaft solle sich um den Lohn und die anderen Arbeitsbedingungen kümmern und sich nicht in die Politik einmischen; und schließlich, abschließend und mit fester Stimme: „Das Parlament allein entscheidet.“

Nun, es ist bei uns niemals etwas anderes behauptet worden. Das Parlament entscheidet; der Bundestag und der Bundesrat sind in unserer Demokratie die allein entscheidenden Instanzen. Niemand hat gefordert, daß sich daran etwas ändern soll. Niemand hat verlangt, daß „die Straße“ oder die Massen in der Paulskirche und in der Westfalenhalle oder etwaige Mehrheiten in Fragebogenaktionen über die Pariser Verträge entscheiden sollen. Und wenn der Gewerkschaftsbund in Bayern einen Volksentscheid vorgeschlagen hat, dann in der Voraussetzung und unter der Bedingung, daß ein solcher Volksentscheid nach der bayrischen Verfassung legal und möglich sei. Niemand hat ein Handeln gegen die Verfassungen und das Grundgesetz verlangt, kaum jemand eine Änderung des Grundgesetzes, und wo man eine solche Änderung vorgeschlagen hat, etwa die Einführung des Volksentscheids in der Bundesrepublik, da denkt man einzig und allein an den legalen Weg, an einen verfassungsgändernden Gesetzentwurf, der nach dem geltenden Recht vom Bundestag beschlossen werden müßte. Niemand hat von „direkter Aktion“, von Umsturz, von Revolution gesprochen, sondern nur von „außerparlamentarischen Aktionen“. Und die sind es denn auch, welche die ganze Aufregung hervorgerufen haben, vor allem die Samstagsstreiks in der Montanindustrie und die überparteiliche Kampagne gegen die Pariser Verträge. Die Leute, die sich darüber um der Demokratie willen aufregen, übersehen einen kleinen Unterschied: Der Bundestag hat das Monopol, den Bundeskanzler zu wählen, der die Politik der Regierung bestimmt, und der Bundestag hat mit dem Bundesrat zusammen das Monopol auf die Gesetzgebung, aber er hat keineswegs ein Monopol auf politische Willensäußerungen. Jeder Leitartikel jeder Zeitung ist eine solche Äußerung: Sie soll den Abgeordneten beeinflussen; er soll den Artikel lesen, wenn er will und kann, seine Argumente auf sich wirken lassen, sie annehmen oder verwerfen — und dann handeln, wie er es verantworten kann.

Es gilt nicht als illegal, wenn einfluß- und geldreiche Persönlichkeiten in Bonn oder anderswo mit Abgeordneten sprechen — warum soll es illegal sein, wenn Bevölkerungsteile, denen solche Möglichkeiten verschlossen sind, auf eine Weise ihren Willen äußern, der ihnen gemäß ist? Etwa in einer Massenkundgebung? Was sich in einer solchen Kundgebung äußert, ist ein Stück der deutschen Wirklichkeit. Der Abgeordnete muß selbst wissen, ob es ihn angeht oder nicht, ob er sich davon etwas sagen läßt oder nicht, ob er etwas lernt oder nicht: Er hat zu entscheiden — aber nichts dagegen zu sagen, wenn man ihm als Unterlage für seine Entscheidungen einige Tatsachen liefert.

Aber da ist auch behauptet worden, hinter dem Bundestag vom 6. September 1953 stehe nicht mehr die Mehrheit des deutschen Volkes. Ist nicht wenigstens das ein Angriff auf den einzigen vorhandenen Repräsentanten des Volkswillens, das damals nun einmal gewählte Parlament? Nun, auch die, die diese Behauptung aufgestellt haben, verlangen nicht, daß das Recht, über die Pariser Verträge zu entscheiden, auf die jetzige Mehrheit des Volkes übergehe.

Sie wollen nichts anderes, als dem allein entscheidenden Parlament von 1953 die Tatsache vor Augen zu stellen, daß keine Mehrheit mehr hinter ihm stehe. Diese Tatsache, falls sie als wahr bewiesen werden kann, wird das Parlament wahrscheinlich nicht zur Selbstauflösung treiben, sie muß ihm aber doch wichtig und interessant sein, und sie kann vielleicht seine Haltung beeinflussen. Wer die Behauptung für falsch oder unerwiesen hält, daß die Mehrheit des Volkes nicht mehr hinter der Regierungskoalition stehe, hat natürlich das gute Recht, den Gegenbeweis anzutreten. Warum aber der Versuch, einen wichtigen verborgenen Tatbestand sichtbar zu machen, undemokratisch sein sollte, ist nicht einzusehen.

Im Gegenteil. Eine parlamentarische Demokratie, in der sich der Staatsbürger mit dem Wahlakt alle vier Jahre begnügt und inzwischen der Regierung und dem Parlament ein Monopol auf Politik zuspricht, wäre eine tote Demokratie. In einer lebendigen Demokratie sind alle jederzeit für die Politik zuständig, die etwas zu sagen haben, ob sie nun Leserbriefe an die Zeitungen schreiben oder Wählerbriefe an die Abgeordneten, ob sie miteinander in freien Formen oder in organisierten Gruppen aller Art diskutieren, ob sie Fragebogen ausgeben oder Fragebogen ausfüllen, Versammlungen einberufen oder Versammlungen besuchen, Manifeste entwerfen oder Manifeste unterschreiben. Alle ihre Äußerungen zusammen, auch die leidenschaftlichen, machen einen Teil des öffentlichen Bewußtseins und Gesprächs, einen Teil der politischen Wirklichkeit aus, von der die allein entscheidenden Abgeordneten auszugehen haben.

Das schlimmste Wort ist gewiß das von der Herrschaft „der Straße“. Die Straße herrscht, wenn irgendwo Massen sich zusammenrotten und mit Geschrei und Steinwürfen den, der zu entscheiden hat, unter direkten Druck setzen. Wo ist das in den letzten Monaten je in der Bundesrepublik geschehen? Zum letzten Male hat „die Straße“ am 17. Juni 1953 eine Aktion gemacht, in Ostberlin und dann in den anderen Großstädten der Ostzone: eine erschütternde und großartige Aktion. Seitdem haben wir es weder im Guten noch im Bösen mit Aktionen „der Straße“ zu tun gehabt. Weder die zweihundert ursprünglichen Unterzeichner des Manifestes sind „Straße“ noch die Staatsbürger, die ihrem Ruf gefolgt sind und die Stuhlrufen der Paulskirche und die anderen Versammlungsräume gefüllt haben.

Sind wir so weit, daß man ein Monopol auf politische Willensäußerungen proklamieren kann? Und brave Stille im Lande? „Die Ruhe“ als erste Bürgerpflicht? Wären wir so weit, dann wäre nichts nötiger, als der laute verantwortliche Widerspruch „der Straße“, nämlich der Staatsbürger.

Keine Verhandlungen mit dem FDGB

Kollege Otto Brenner, Vorsitzender der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland, hat über den Sender RIAS die folgenden Ausführungen gemacht:

In der letzten Zeit erhalte ich als Vorsitzender der Industriegewerkschaft Metall Einladungen von Betrieben und „Gewerkschaftsorganisationen“ der Ostzone zu gemeinsamen Beratungen über die Frage der westdeutschen Wiederaufrüstung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Aktionen von den Pankower Machthabern gesteuert werden.

Wir verbitten uns jede Einmischung in unsere innergewerkschaftlichen Angelegenheiten und wenden uns gegen alle ostzonalen Störversuche mit derselben Entschiedenheit, wie wir das bisher immer in der Bundesrepublik getan haben. Die Erhaltung des Friedens und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit sind uns viel zu ernst, als daß wir sie durch Einmischungsversuche des sogenannten Weltgewerkschaftsbundes und des FDGB oder anderer ostzonaler Kräfte gefährden lassen. Wir haben auch immer wieder betont, daß wir nicht nur in der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik eine Gefährdung des Friedens erblicken, sondern ebenso und in noch stärkerem Maße in der bereits vollzogenen Wiederaufrüstung des Ostens.

Beratungen mit Vertretern ostzonaler „Gewerkschaften“, die den Namen Gewerkschaften gar nicht verdienen, lehnen wir entschieden ab. Wir sprechen den Vertretern der ostzonalen „Gewerkschaften“ das Recht ab, uns in der Bundesrepublik Vorschläge für die Verhinderung der Wiederaufrüstung zu machen, solange in der Ostzone keine freien und demokratischen Gewerkschaften bestehen; solange es kein Streikrecht und kein Koalitionsrecht gibt; solange unabhängige Betriebsräte und freie Tarifverträge nicht vorhanden sind; solange der FDGB sich nicht für die primitivsten Menschenrechte in der Ostzone einsetzt und solange ein System unterstützt wird, das seine politischen Gegner in Konzentrationslager und Zuchthäuser bringt.

Wir haben noch nicht vergessen, daß der Zentralvorstand der IG Metall in der Ostzone nach dem 17. Juni 1953 abgesetzt wurde, weil er nicht aggressiv genug gegen den Aufstand der Arbeiter vorging.

Unser Widerstand gegen die Wiederaufrüstung kann nur von denjenigen unterstützt werden, die selbst Beweise ihrer Friedensliebe liefern. Solche Beweise müssen sie aber erst erbringen, indem sie sich gegen die kasernierte Volkspolizei und vormilitärische Ausbildung der FDJ wenden.

Wir wollen eine Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Frieden! Aber nicht ein vereinigtes Deutschland, in dem die Machthaber der Ostzone ihre bisherige Rolle weiterspielen! Wir erstreben eine gesamtdeutsche freie Gewerkschaftsbewegung, in der die Mitglieder den Kurs und die Führung bestimmen. Dann wird sich sehr schnell erweisen, daß die heutigen Gewerkschaftsvertreter der Ostzone keine Legitimation besitzen, im Namen der Arbeiterschaft zu sprechen.

... Wichtiger als Panzerdivisionen

**Aufwärts-Reporter besucht Moers an der Moerse:
Nordrhein-Westfalens Gewerkschaftsjugend diskutiert
Probleme der deutschen Gegenwart**

Die „jungen Leute“ (wie manche Zeitgenossen uns, die delegierten Kollegen, die Kollegen der Redaktion und mich zu nennen beliebten) standen nicht schnurgerade ausgerichtet und stumm wie die Zinnsoldaten im alten Grafenschloß am Stadtpark. Sie saßen vielmehr höchst individuell und gesprächig im modernen Gewerkschaftshaus am Ostring. Sie saßen dort, auf den Tag genau zehn Jahre nach der großen Schlacht am Niederrhein, in der neun Divisionen deutscher Soldaten — von wer weiß wie vielen — vom Führer und ihm folgenden Generalen auf einen Schlag „verheizt“ wurden.

Die Probleme der deutschen Gegenwart sind die geplante Wiederaufrüstung und die soziale Sicherheit (und deshalb sagen die Vorsichtigen „heißes Eisen“). Für die einen so, für die anderen so. Für die einen so, daß sie die Aufrüstung wünschen, soziale Sicherheit aber verhindern. Für die anderen, die Arbeitnehmer, jedoch gerade umgekehrt. Für beide aber so oder so, weil sich atombombenungesicherte Soldaten und sozialgesicherte Arbeitnehmer



MdB — Eschmann

notwendigerweise gegenseitig ausschließen. Weil das so ist, waren die Ereignisse der 3. Landesbezirksjugendkonferenz die Darlegungen des MdB und Mitglied des Sicherheitsausschusses des Bundestags Fritz Eschmann und eine anschließende Diskussion. Und Ereignis waren schließlich auch die Abstimmungen von Anträgen und Entschlüssen zur Wiederaufrüstung und sozialen Sicherheit.

MdB- und Sicherheitsausschuß-Eschmann bekannte, daß er 1932 Berufssoldat wurde. Er bekannte auch, daß er mit gutem Glauben für Führer, Volk und Vaterland in den Krieg zog (mein Tischnachbar sagte: „... war Ritterkreuzträger“). Und er bekannte, daß ihn Erfahrungen in Frontstellungen und Heimat zwingen, einen Wehrbeitrag abzulehnen.

Der Mann muß wissen warum, denn er weiß, was „Wehrmacht“ hieß, was „Krieg“ hieß und was „Krieg“ und „Blank-Armee“ heißen wird. Also warum?

Fritz Eschmann sprach

... die Meinungen fast aller politischen Beobachter in der westlichen Welt stimmen darin überein, daß mit größter Wahrscheinlichkeit durch die Verwirklichung der Pariser



IG Bergbau — Alker

Verträge die deutsche Wiedervereinigung auf sehr lange Zeit unmöglich wird.

Er sprach

... Bundesregierung und Westmächte behaupten, die Fortführung einer Politik der Stärke führe zum Erfolg. Gleichzeitig bleiben aber beide vernünftige Argumente schuldig, die auch nur erklären, daß die Sowjet-Union nach einer bundesdeutschen Wiederbewaffnung handlungsbereit ist.

Er sprach

... die Bundesregierung weckt im deutschen Volk die Illusion einer Wiedervereinigung, die bei der derzeitigen Politik nicht verwirklicht werden kann. Gleichzeitig weigert sich die Bundesregierung hartnäckig, echte Chancen einer Wiedervereinigung zu prüfen.

Er sprach

... eine im Protokoll vom 23. 10. 1954 über die Beendigung des Besatzungsregimes enthaltene „Notstandsklausel“ verpflichtet die Bundesregierung, bei einem Notstand die zivilen Rechte einzuschränken und die Exekutive in die Hände von Militärs zu legen.

Er sprach

... nach Pressemeldungen belaufen sich die Kosten in den ersten drei Aufrüstungsjahren auf 81,30 Milliarden DM,



ohne Kosten für Militärforschung und Bundesbürgschaften an die Rüstungsindustrie. Als Nachrichtenquelle gilt das amerikanische Hauptquartier in Heidelberg. Die Bundesregierung stellt dagegen die Zahlen als Phantasiegebilde hin und verweigert gleichzeitig eine genaue Aufklärung, obwohl wir darauf ein Recht haben.

Er sprach

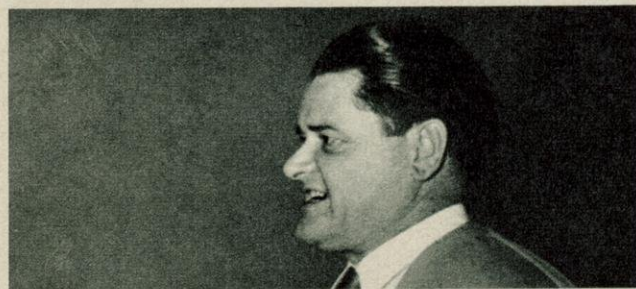
... NATO-Sachverständige halten einen Abzug von 10 v. H. des Sozialproduktes für Verteidigungszwecke für zumutbar. Die Militärausgaben im Nationaleinkommen betragen dagegen in

Belgien	2,4 v. H.
Dänemark	1,9 v. H.
Italien	3,1 v. H.
Frankreich	5,4 v. H.
USA	6,0 v. H.

Deutschland soll also bei der Zerstörung seiner Städte, bei seinem Flüchtlingselend, bei seinen Ausgebombten, Kriegshinterbliebenen und Rentnern höhere Belastungen tragen.

Er sprach

... so gesehen, rücken die Lösungen der Probleme der 40-Stunden-Woche, des Mitbestimmungsrechts, der Sozial-



Vorsitzender Hansen

reform, des Streikrechts, des Jugend- und Frauenschutzes und andere sozialen Aufgaben in weite Ferne.

Sprach

... der Wehrbeitrag wird nach Berechnungen ehemaliger Generalstäbler 1,5 Million Menschen einer produktiven Tätigkeit entziehen.

Sprach

... durch die vorbereitete und zu befürchtende Ergreifung der politischen Macht durch böswillige Kräfte in 750 bundesdeutschen Soldatenverbänden ist die Gefahr eines militaristischen Obrigkeitsstaates gegeben.

Fritz Eschmann zitierte einen Busenfreund der Wiederaufrüstung:

„Wir werden an den Drücker kommen, und dann werden wir der deutschen Jugend, die nach dem Krieg zur Feigheit erzogen ist, zeigen, was eine Harke ist.“

Und er zitierte Hans Böckler:

„Gebt uns einen Staat, der verteidigungswert ist, und wir verteidigen ihn.“

Die Diskussionsredner legten darauf eine Menge Material aus ihrer täglichen Arbeit vor und vermehrten die sachlichen Argumente Eschmanns. Hier nur einiges, nur skizziert: Anschwellen der Flut soldatenfreundlicher Jugendschriften, Zeitschriften und Zeitungen, Filme und andere Massenbeeinflussungsmittel. Beweis, daß erst bedeutende militaristische Tendenzen unsere Gegenstimmen auslösten. Sogar Beeinflussungsversuche an Hausfrauen und Müttern für das Soldatenspiel. Daß eine Wehrmacht heute aber ein solches selbstmörderisches und kostspieliges Spiel ist, machte der Hinweis auf die Lächerlichkeit der Behauptung offenbar, die Amerikaner brauchten unsere zwölf Divisionen, um mit den Russen erst eine starke Verhandlungsbasis zu finden — und die Frage nach dem Nutzen von zwölf Divisionen im atomaren Krieg, wenn schon vor zehn Jahren am Niederrhein neun Divisionen in wenigen Tagen verbluteten.

Nur ein Diskussionsredner gab zu bedenken, daß unsere Freiheit schließlich verteidigungswert sei. Er vergaß freilich dabei zu sagen, wo letzten Endes die Freiheit bleibt, wenn sie zu ihrer Verteidigung erst aufgehoben werden muß.

Bei diesem Stand des einen Problems der deutschen Gegenwart verabschiedeten die nordrhein-westfälischen Delegierten im Verhältnis 85 zu 7 diese Entschliebung:

„Die Gewerkschaftsjugend hat sich in ihren Leitsätzen unter dem Eindruck des furchtbaren Zusammenbruchs von 1945 die Bekämpfung jeglicher militaristischer und nationalistischer Tendenzen zur unabdingbaren Aufgabe gemacht.“

Aus den drei nachstehenden Gründen lehnt sie den Wehrbeitrag darum ab:

1. Weil der Wehrbeitrag die Wiedervereinigung für lange Zeit unmöglich macht;
2. weil der Wehrbeitrag eine Gefahr für die demokratische Entwicklung unseres Volkes ist;
3. weil der Wehrbeitrag unsere soziale Sicherheit gefährdet.

Damit distanzieren wir uns eindeutig vom »Ohne-mich-Standpunkt«.

Wir erklären uns solidarisch mit allen Menschen, die es mit der Freiheit und dem Frieden ernst meinen und ihre Stimme hierfür erheben.

So sehr wir in dieser Frage die Unterstützung eines jeden einzelnen begrüßen, lehnen wir jedoch eine solche der Kommunisten auf Grund ihres Verhaltens in der Sowjetzone ab.“

Zum zweiten Problem der deutschen Gegenwart, der sozialen Sicherheit, berieten die Kollegen in Moers an der Moerse eine echte Begabtenförderung, eine Neuordnung des Berufsschulwesens, die Erholungsfürsorge, ein Ladenschlußgesetz, natürlich das Jugendschutzgesetz und viele andere nicht aufzählbare Einzelfragen.

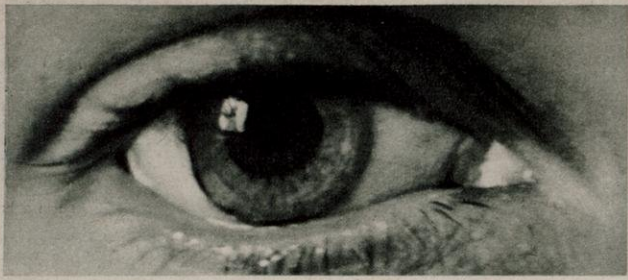
Die Diskussion war freimütig. Sie war leidenschaftlich. Und sie war sachlich. Die Konferenz war ein Muster demokratischer Meinungsäußerung und Meinungsbildung. Das empfand ich. Aber das empfanden auch alte, in der Demokratie erfahrenere Gewerkschafter als ich. Zufällig wurde ich ungewollt Zeuge eines Gesprächs. Am Abend des ersten Konferenztages verabschiedeten sich zwei ergraute Moerser Männer voneinander, und der eine sagte dabei: „Es sind Nachfolger für uns da. Auf die Diskussion war ich gespannt. Sie ist erstaunlich sachlich verlaufen. Es wurden keine Phrasen gedroschen.“ Und weiter sagte der Mann: „Über die Probleme habe ich mir auch schon oft Gedanken



Erika Häußner

gemacht. Immer fiel mir dabei ein, was seinerzeit Seeckt, der Chef der Reichswehr, sagte, als man ihn fragte: Was tut die Armee bei einem Generalstreik? Seeckt antwortete: Die Armee hört auf mein Kommando! Und damit: Auf Wiedersehen! Bis morgen.“ So wandte sich der Mann um und ging. Nach ein paar Schritten drehte er sich jedoch noch einmal zu seinem Gesprächspartner zurück. „Hoffentlich können wir's noch verhindern“, sagte da der erfahrene Mann. Was beweist, daß es in Moers an der Moerse nicht nur Zinnsoldaten, sondern, wie anderswo, auch erfahrene Männer gibt.

Cassius



Ein WALDHEIM als Untersuchungsgefängnis

Von Heinz Ulrich

WECHSEL In Moskau wurde zur großen Überraschung des Westens Stalins Nachfolger Malenkow durch Marschall Bulganin ersetzt. Malenkow wurde jedoch nicht liquidiert, sondern übernahm das nicht unwichtige Ministerium für Energiewirtschaft. In Bonn meinte man im ersten Überschwang, mit dieser Maßnahme sei der „weiche“ Kurs nach Stalins Tod zu Ende und Rußland wieder zu den Methoden der „harten“ Politik des Diktators zurückgekehrt.

— Wenn dem so wäre: Um so schlimmer, daß man die Zwischenzeit nicht für Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands ausgenutzt hat!

STURZ In einer Atmosphäre der Leidenschaft und Gehässigkeit stürzte die französische Nationalversammlung mit 319 gegen 273 Stimmen Frankreichs beliebtesten und fähigsten Ministerpräsidenten, Pierre Mendès-France, obwohl eine Mehrheit mit der zur Abstimmung stehenden Tunesienpolitik der Regierung durchaus einverstanden war. Gerade seine Erfolge, sein politischer Stil und seine Beliebtheit beim Volk wurden Mendès-France zum Verhängnis. Und seine Haltung zur deutschen Wiederbewaffnung, die ihm den Haß des MRP und der Kommunisten einbrachte.

— Und das wird so bleiben in Frankreich: Wer von der vergifteten Frucht der deutschen Wiederbewaffnung ißt, der stirbt daran!

MÜHMIG In einer Operation auf der Grenze zwischen Krieg und Frieden wurden die dem chinesischen Festland vorgelagerten Tachen-Inseln mit Hilfe der siebten amerikanischen Flotte von den nationalchinesischen Truppen geräumt. Die Evakuierung erfolgte in Reichweite der rotchinesischen Küstenbatterien, ohne daß es jedoch zu besonderen Zwischenfällen kam.

— Operation Nervensäge — nicht nur für die Beteiligten!

DRUCK Die Auseinandersetzungen um das neue Bundeswahlgesetz sind bereits in vollem Gange. Wie aus Bonn verlautet, will die CDU/CSU durch Koppelung des Wahlgesetzes mit anderen politischen Fragen die kleineren Koalitionspartner unter Druck setzen, deren Opposition gegen die Außenpolitik des Kanzlers in der letzten Zeit fühlbarer geworden ist.

— Mitgefangen, mitgegangen!

WÜRDE „Wenn man in Bonn heute glaubt, durch einen kunstvoll geschneiderten Cut ließe sich die Würde eines Parlamentariers steigern, so verkennt man unser Volk. Wäre diese These richtig, so müßten unsere befrackten Oberkellner und galonierten Hotelportiers die angesehensten Männer in unserem Staate sein.“ So äußerte sich der nordrhein-westfälische Justizminister Dr. Amelunxen (Zentrum) auf einer Veranstaltung in Krefeld und meinte, die Bevölkerung sehe bei den verantwortlichen Organen des Staates nicht auf Kleidung, sondern auf Leistung.

— In Bonn dachte man eben an das Sprichwort „Kleider machen Leute“.

URTEIL Von dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union, Nikita Chruschtschow, den er am Vortage auf einer öffentlichen Kundgebung als neuen Diktator Rußlands bezeichnet hatte, meinte Dr. Adenauer auf einem Presseempfang: „Der Mann hat mir vom ersten Augenblick an imponiert. Schließlich hat er mir bestätigt, daß ich mit dem recht hatte, was ich immer über die Ernährungslage in Sowjetrußland gesagt habe.“

— Leider keine Basis, sich mit ihm zu verständigen!

SCHÖRNER Die Generalstaatsanwaltschaft München hat Ermittlungen auf breitester Grundlage gegen den ehemaligen Generalfeldmarschall Schörner eingeleitet. Als einer der Hauptzeugen in dem zu erwartenden Prozeß wird der ehemalige Kriegsrichter Dr. Freiherr von Dörnberg genannt, der 1944 von Schörner seines Postens enthoben worden war und über zahlreiches Beweismaterial über Schörners Lynchjustiz in den letzten Tagen des zweiten Weltkrieges verfügt.

— Ob die Justiz nachholen kann, was die Politiker heute nicht mehr fertigbringen: einen Kriegsverbrecher auch so zu nennen und zu behandeln?

In der Nähe von Stuttgart, am Rande eines großen Waldes, zwanzig Minuten vom nächsten Dorf entfernt, gibt es ein Haus, in dem jugendliche Rechtsbrecher auf den Tag ihrer Verhandlung warten. Eigentlich müßten sie in einem Untersuchungsgefängnis sitzen. Aber ein Gefängnis, wie es auch heißt, ist eben ein Gefängnis. Und wenn erst mal einer hinter vergitterten Fenstern gesessen hat, dann ist es schwer, ihn wieder an die Freiheit zu gewöhnen. Einen einzigen Tag lang Gefangener sein, das kann das ganze künftige Leben eines jungen Menschen zum Schlimmen hin bringen. Die Schande treibt ihn immer wieder in neue Verbrechen, ins Unglück.

So ein junger Dieb steht vor dem Stuttgarter Jugendrichter. Die Polizei hat ihn gerade gebracht. Sogar Handschellen hat man ihm anlegen müssen, so hat er um sich geschlagen. Jetzt steht er trotzig da und gibt Auskunft. Ja, er ist in Fürsorgeerziehung gewesen. Man hat ihn als Kind von seiner Familie wegnehmen müssen, wo es keine Liebe für ihn, sondern Prügel und nicht die geringste Ordnung gegeben hatte. Nachher ist er von Heim zu Heim, von Anstalt zu Anstalt gewandert, und es gab solche dabei, deren Mauern so hoch wie die eines Gefängnisses waren.



Der Junge hat etwas gelernt. Schlosser ist er gewesen. Aber eines Tages ist er in schlechte Gesellschaft geraten, weil er niemand hatte, der für ihn da war, und weil er fühlte, was das Leben ihm schuldig geblieben war. Er hat bei einem Einbruch geholfen. Es ist schwer für den Jugendrichter, der ihn vernimmt, einen Zugang zu diesem Verstockten zu finden. Der Junge weiß ja genau, was auf ihn wartet: der Zwang, die Zelle, die dicke Luft, die vergitterten Fenster, der Spaziergang auf dem Hof hinter der hohen Mauer...

Aber der Richter hat ein Mittel, das nicht versagt. Da hängt ein Bild an der Wand seines Zimmers, das Bild eines efeubewachsenen Hauses, umgeben von Wald. Zu diesem Bild führt er den Jungen und fragt:

„Hast du nicht Lust, dahin zu fahren?“ Er schildert ihm das Haus. „Ein Heim für straffällige Jungen, wie du einer bist. Du bleibst dort, bis es Zeit zur Verhandlung ist. Für Wohnung und Essen ist gesorgt, und Arbeit findest du auch. Du mußt mir nur dein Ehrenwort geben, daß du hinfährst und dort bleibst. Eine Mauer gibt es da nämlich nicht, und einen Schlüssel auch nicht, und auch hinfahren mußt du allein. Eine Wache können wir nicht bezahlen. Ich sage dir gern, wann der Omnibus fährt, der dich bringt.“

Wahrscheinlich ist es diese kleine Ansprache, die jeden Jungen so hinhaut. In den zwei Jahren, die das Heim jetzt besteht, hat noch keiner sein Wort gebrochen. Alle sind angekommen, keiner ist geflohen. Ja, es ist schon einmal einer aus einer anderen, geschlossenen Anstalt ausgebrochen und dann ins Waldheim nach Hildrizhausen gefahren. Es lohnt sich nicht auszuruhen, weil Gitter nicht da sind. Außerdem wäre es dumm zu fliehen, denn das hieße, daß der Geflohene unwiderruflich im Gefängnis endet.

Solch ein Heim gibt es nur einmal in Deutschland. Es ist dem Jugendrichter von Stuttgart und seinem Bewährungshelfer zu verdanken, daß es besteht. Das Bundesjustizministerium hat nur den Anstoß dazu gegeben, als es vor drei Jahren für die Jugendgerichte in Stuttgart, Hannover, Bonn, Essen und Freiburg Mittel bewilligte, um probeweise eine Bewährungshilfe nach amerikanischem Muster anzufangen.

Der Zweck der Bewährungshilfe ist der, dem Richter für sein Urteil die nötigen Unterlagen zu geben. Der Richter soll nach dem Jugendgerichtsgesetz den Jungen genau kennen, den er verurteilt. Das Gesetz verlangt, daß der Täter beurteilt wird und nicht die Tat. Jedem jungen Gestrachelten soll Gelegenheit gegeben werden, sich zu bewähren. Das ist sehr schwer für einen, der einmal vom Weg abkam, es sind sowieso nicht die Charakterfesten, die in Gefahr sind, und es hat sich als notwendig erwiesen, ihnen Helfer zu geben.

In Stuttgart begann man damals, ein Büro zu mieten, weil die Helfer so günstiger arbeiten konnten. Man wählte ein Büro möglichst weit weg von einem Gerichtsgebäude. Es sollte nicht streng und amtlich zugehen. Man wollte dem jungen Menschen, der in die Mühle des Gesetzes geraten war, die dumpfe Atmosphäre von Peinlichkeit und Angst und Aktenstaub ersparen, die mit der Justiz so untrennbar verbunden ist. Aber das Büro reichte nicht aus. Man bot den Jugendlichen Unterhaltung und Spiele und Diskussionen, um sie aufzulockern und ihnen menschlich näherzukommen. Aber sie waren ja nur stundenweise zu fesseln, und das war nicht Zeit genug, um wirklich mit ihnen zu reden.

Das Büro reichte nicht aus. Man brauchte ein Heim, um dem Gesetz Genüge zu tun. Aber was sollte das kosten? Im Anfang schien das Projekt an diesem Punkt zu scheitern. Je mehr jedoch die Justizbehörden den voraussichtlichen Aufwand durchrechneten, desto mehr überzeugten sie sich, daß sie im großen gesehen und auf weite Sicht billiger fahren würden, wenn sie die jungen Menschen außerhalb des Müßigganges der Gefängnisse hielten, wo ein einziger Gefangener, ohne die geringste Arbeit zu leisten, den Steuerzahler jeden Tag 4,50 DM kostet.

Die Stuttgarter hatten Glück. Sie fanden ein Heim, ein altes Forsthaus, das seit dem Tod seines letzten Besitzers leer stand. Aber wer sollte es mieten? Das Justizministerium hatte kein Geld mehr dafür. Da gründeten die Jugendrichter des Landgerichtsbezirks Stuttgart einen Verein, der Träger des Unternehmens wurde. Aber noch fehlte die feste Grundlage, das Kapital für den Anfang. Die Summe, die das Bundesjustizministerium für die Bewährungshilfe gegeben hatte, war schon verbraucht. Neues Geld war nicht zu erwarten. Aber jetzt hatten die Jugendrichter des Bezirks Stuttgart einen genialen Gedanken.

Geldstrafen von Jugendlichen müssen laut Gesetz einem wohltätigen Zweck zugeführt werden. Man stellte sie bisher dem Roten Kreuz zur Verfügung. Aber, sagte man sich, wie könnten wohl diese Gelder besser angewandt werden als dazu, jungen Menschen, die schon tief in Schuld verstrickt sind, wieder auf den rechten Weg zu helfen. Und seitdem kommen alle Geldstrafen, die im Bezirk Stuttgart ein Jugendrichter gegen einen jungen Rechtsbrecher ausspricht, dem Waldheim in Hildrizhausen zugute. Die Strafe ist nicht mehr bloß eine Vergeltung, sie erhält einen neuen, tieferen, bejahenden Sinn.

Die Gestrachelten helfen denen, die schon gefallen sind, aufzustehen. Nur sechzehn v. H. von allen, die inzwischen durch das Heim in Hildrizhausen gegangen sind, haben das Unglück gehabt, wieder zu straucheln.

AFL und DGB

Presse- und Rundfunkmeldungen zufolge soll der amerikanische Gewerkschaftsbund AFL an den Deutschen Gewerkschaftsbund appelliert haben, „seine Opposition gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik aufzugeben“. Der DGB teilt dazu mit, daß eine solche Aufforderung von der AFL bis jetzt an ihn nicht ergangen ist. Im übrigen weist der Deutsche Gewerkschaftsbund darauf hin, daß er eine freie, demokratische Organisation ist, für deren Stellungnahme die Satzung und die aus eigenen Erkenntnissen und Einsichten gewonnenen Beschlüsse ihrer Organe maßgebend sind.

Pearl S. Buck:

Der fundamentale Konflikt in jeder Demokratie ist nicht der zwischen einer Partei und der anderen, einer Religion und der anderen, sondern der zwischen Gut und Böse.

AUFWARTS Jugendzeitschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Verlag: Bund-Verlag GmbH., Köln-Deutz, Schließfach 6. Verlagsleiter: Wilhelm Biedorf. Verantwortliche Schriftleitung: Hans Dohrenbusch. Graphische Gestaltung: Willy Fleckhaus (zurzeit in Urlaub). Tel. 8 04 81. AUFWARTS erscheint alle 14 Tage. Bestellung bei allen Jugendfunktionen und Postanstalten. Bezugspreis durch die Post vierteljährlich 1,15 DM zuzügl. Zustellgebühr. Unverlangt eingesandten Manuskripten muß Rückporto beigefügt werden. Kupfertiefdruck: M. DuMont Schauberg, Köln.

Es ist
ungs-
ustiz-
als es
Han-
e, um
schem

er für
ichter
genau
ß der
ingen
ch zu
vom
esten,
esen,

weil
e ein
e. Es
dem
raten
angst
anbar
Man
Dis-
hlich
se zu
mit

, um
sten?
chei-
icht-
gten
Sicht
chen
wo
t zu

ein
zers
stiz-
eten
inen
noch
ang.
die
ucht.
die
Ge-

nem
sie
man
ndt
in
zu
im
gen
sen
ang,

ind,
hen
ben

eri-
Ge-
ion
zu-
de-
Im
auf
für
Er-
rer

cht
ion
ise.



Der Zaun durch Vaals auf der deutsch-holländischen Grenze trennt Klein-Helmut von Jan. Helmut ist „Deutscher“, der Jan ist „Holländer“. Helmut spricht deutsch, Jan spricht holländisch. Trotzdem verstehen sie sich. Wenn dem Helmut der kleine Ball nach Holland rollt, kommt Jan gelaufen und gibt ihn zurück. Die Kleinen kennen noch nicht das Prinzip der Grenze, Zwangslagen des Nachbarn auszunutzen und im günstigen Augenblick zu „kassieren“. Helmut und Jan würden aber gern mal zusammen „Verstecken“ spielen. Doch solange der Zaun da ist, werden sie nicht dazu kommen. Wie lange noch?

Verrückte Grenzen

Text und Fotos: Udo Hoffmann



Den Schlüssel zum Schloß hat der Zoll. Das Schloß sichert den „deutschen“ Ausgang eines „holländischen“ Hauses. Manchmal klopft es hart dreimal kurz an die Tür. Hier handelt es sich nicht um das Geheimzeichen eines Kaffeeschmuggel-Ringes. Keineswegs. Wenn das Klopfzeichen ertönt, öffnet sich im ersten Stock des Hauses ein Fenster, und eine Stimme sagt: „Ich bin heute abend zu Hause.“ Dann macht sich Karl auf den Weg, um seine holländische Freundin zu besuchen. Nach zwanzig Minuten kommt er an — er muß nämlich zur nächsten Grenzübergangsstelle, obwohl „Sie“ und „Er“ sich direkt gegenüberwohnen.

Zwei Schlagbäume schneiden ein Stück aus der Landstraße von Aachen nach Trier, weil die Straße etwas nach Belgien hineingeraten ist. Jetzt verläuft die Grenze quer zur Straße. Links ist „Belgien“, rechts ist „Deutschland“. In „Deutschland“ steht die Kapelle. Wenn die „Belgier“ zum Gottesdienst gehen, machen sie sich in der Regel strafbar. Die gesetzlichen Vorschriften verlangen, daß sie zur nächsten Grenzübergangsstelle gehen, ihren Paß stempeln lassen, um dann auf deutschem Gebiet zur Kapelle zu gelangen. Der gesunde Menschenverstand aber veranlaßt sie, die zehn Schritte über die Straße zu gehen.

Bergschäden sind eigentlich in Deutschland nichts Ungewöhnliches. Im Ruhrgebiet zum Beispiel kennt man sie seit Jahrzehnten und hat sich damit abgefunden. Zu einem ungewöhnlichen Fall werden Bergschäden nur, wenn sie über die Grenze kommen, besser, wenn sie unterdurch kommen. Eine holländische Bergwerksgesellschaft budelte sich von Holland aus unter der Grenze hindurch nach Deutschland. Sie ließ sich mit Recht von der Grenze nicht daran hindern. Als aber schwere Bergschäden auftraten, ließ sie sich von der Grenze verführen, die Entschädigungsfrage systematisch schwer zu verschleppen.



Grenzen müssen nicht unbedingt sein. Sie sind nicht nur lästig, sie sind gefährlich. Trotzdem werden wir sie noch für eine lange Zeit haben. Deswegen ist es durchaus nicht gleichgültig, wie diese Grenzen aussehen. An den Grenzen und auf den Grenzen leben nämlich Menschen. In den Grenzstreifen leben nicht Holländer und Deutsche, Belgier und Deutsche, Franzosen und Deutsche — in den Grenzstreifen leben Menschen, denen staatsrechtliche Begriffe ziemlich egal sind. Sie leiden darunter, daß die Grenzen an verschiedenen Stellen gegen jede Vernunft gezogen wurden. Der „Aufwärts“ bringt davon einige Beispiele.



Gastliches Haus an der Bundesstraße 258 von Aachen nach Monschau. Aber Deutsche dürfen es nicht betreten. Die Bundesstraße 258 ist hier nämlich in belgisches Gebiet hineingeraten. Er fährt in fünf Meter Entfernung am „Fringshaus“ vorbei, um noch vor Monschau nach Mützenich abzubiegen. Dort passiert er die Grenzübergangsstelle. Nach etlichen Kilometern Fahrt durch Belgien lenkt er seinen Wagen auf die Straße von Eupen nach Konstanz, um wieder an einer deutschen Grenzübergangsstelle seinen Ausweis abzugeben. Dann darf er zum „Fringshaus“. Umweg: rund 20 Kilometer. Verrückte Grenzen. Warum?



DER HAKEN

Von Liam O'Flaherty

Die Möwe war sehr hungrig. Sie schwebte mit niederhängenden Füßen über dem Fischerdorf. Ihre Flügel waren bewegungslos; den Kopf hatte sie schief auf die Seite gelegt; ihre scharfen kleinen Augen glänzten. Über ihr und ein wenig rechts von ihr war eine ganze Schar weißer Möwen, die aufgeregt kreischten und herabschossen. Abseits von ihnen glitt die Möwe dahin, nah über dem Boden und vollkommen still. Sie sah etwas, auf das sie die Aufmerksamkeit der anderen Möwen nicht lenken wollte, damit sie es im günstigen Augenblick allein erwischte.

Verführerisch lag es da auf einer niedrigen Steinmauer — rote, fette Fischleber, ein großes, dickes Stück! Die Möwe war ganz gierig darauf. Am liebsten wäre sie sofort niedergestoßen und hätte sich etwas abgeschnappt; aber sie wollte dem Weibchen, das auf der Felskante in den Klippen auf dem Gelege saß, auch ein Stück mitbringen. Darum wartete sie auf eine Gelegenheit, sich auf die Mauer zu setzen, ihren Anteil zu verzehren und den Rest im Schnabel nordwärts nach den Klippen zu tragen.

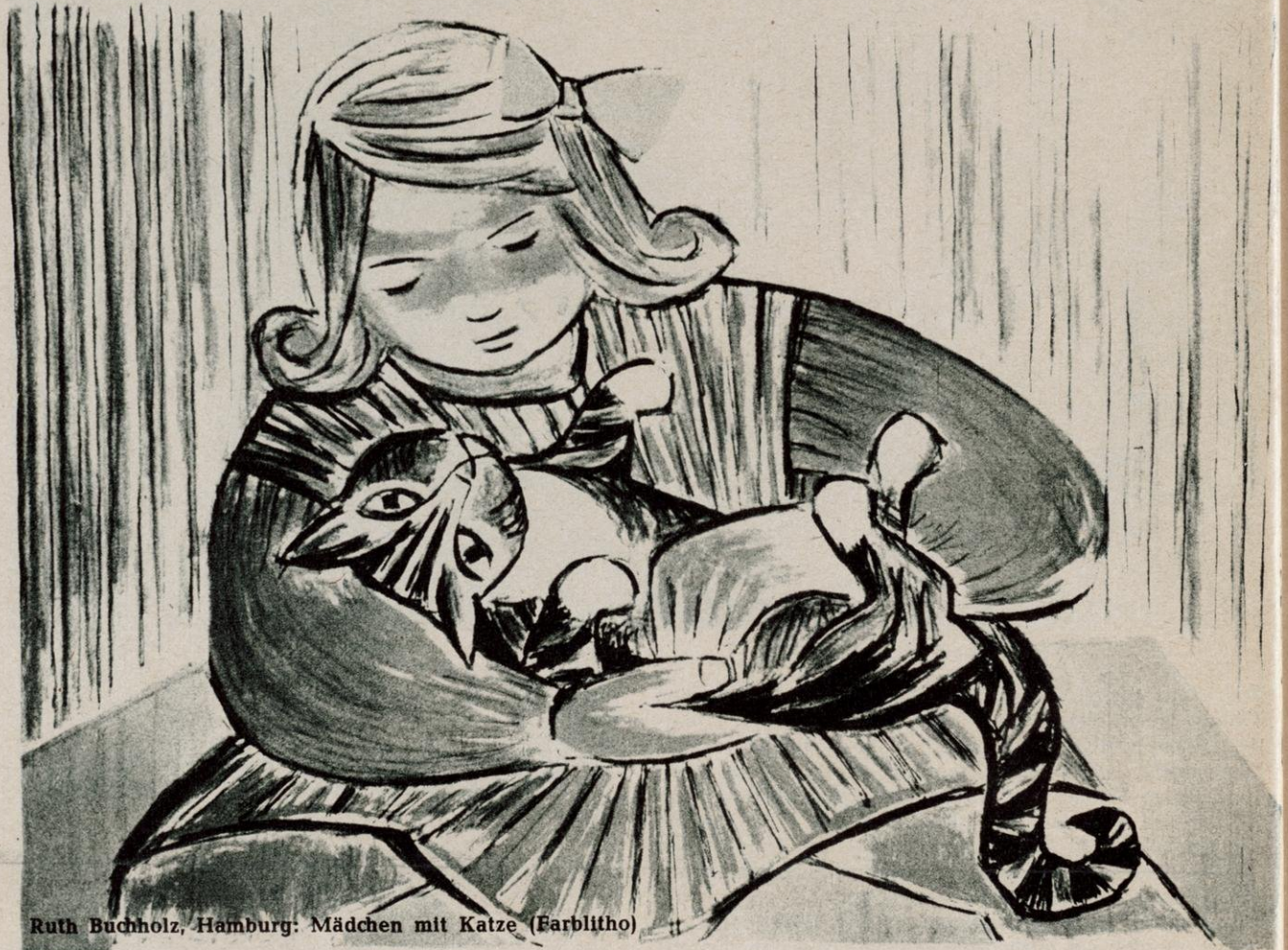
Aber die Gelegenheit kam nicht. Die Mauer, auf der die Leber lag, grenzte an die Gasse, die vom Brunnen zu einer breiten, flachen Felsplatte führte. Dort wuschen und reinigten und salzten Dorfweiber die Fische, die in der vorhergehenden Nacht gefangen worden waren. Ständig gingen junge Mädchen die Gasse entlang und brachten ihren Müttern Eimer voll Wasser. Und die Möwe war ein wenig erschrocken von all dem Lärm und Wirrwarr auf der Felsplatte, wo die Frauen in ihren roten Röcken und mit kleinen schwarzen Kopftüchern auf ihren Hacken kauerten, und wo unter den scharfen Messern weiße Schuppen wie Schneeflocken von den Fischrücken stoben. Die grellen Rufe, das Aufblitzen der Messer in der hellen Morgensonne, glitzernde Haufen von herumglitschenden Fischen — die Seemöwe wurde ganz benommen vor Aufregung und Hunger und Gier und Furcht.

Schließlich hörte sie dicht neben sich ein heiseres Rah-rah: Eine andere Möwe sauste an der Mauer vorüber, auf der die Leber lag, wendete und segelte zurück und kreischte angreiferisch. Da wußte die erste Möwe, daß die Leber entdeckt worden war. Sie durfte nicht länger warten. Sie schoß ein Stückchen nach oben, klappte zweimal mit den Flügeln und zerriß die Luft im senkrechten Herniederstoßen. Sie landete sacht auf der Mauer, erschrak plötzlich, sah sich um, stieß einen seltsamen kleinen Schrei aus und wollte gerade die Flügel öffnen, um wieder aufzuffliegen, als sie ein Zischen hörte und die andere Möwe neben sich landen sah. Da verlor sie alle Furcht, schnappte nach der Leber und wollte das ganze Stück verschlingen. Nach zweimaligem Zugrapsen bekam sie es in den Schnabel, indes die andere Möwe nach dem Rest pickte und kreischte. Doch dann sprang mit wildem Geschrei eine Schar kleiner Knaben hervor, die sich ein paar Schritte weiter oberhalb hinter der Mauer versteckt hatten und nun mit den Armen herumpfuchtelten. Die zweite Möwe kreischte auf und schoß davon. Die erste machte einen letzten wütenden Zuck nach der Leber, bekam sie vollständig in den Schnabel und erhob sich mit wildem Flügelschlag in seitlicher Richtung.

Aber sie kam nicht weit. Mit ersticktem Schrei taumelte sie wieder zurück. In der Leber war ein Haken verborgen. Der Widerhaken war der Möwe durch den Schnabel ge-

fahren und steckte jetzt im Fleisch hinter dem unteren Teil des Schnabels. Aus dem Schnabel hing ein Stück Schnur, das an einem Stein in der Mauer befestigt war. Die Möwe war gefangen.

Mit ausgebreiteten Flügeln fiel sie diesseits der Mauer nieder. Zwei Sekunden lang lag sie betäubt auf der Seite, die kleinen Augen waren starr vor Furcht und Schmerz. Dann lehnte sich ein Knabe über die Mauer und versuchte, die Möwe zu erwischen. Sie flatterte ein Stückchen weiter, so weit die Schnur reichen wollte, und als der Haken sie



wieder zurückzerzte, stieß sie einen wilden Schrei aus, als ob der neue Schmerz sie wahnsinnig mache. Dann bog sie den Kopf und flog auf, und ihr Flug hatte die Anmut und Kraft einer herannahenden Woge. Sie stieg auf in einer wirbelnden Kurve. Dann knackte etwas, ihr Schnabel wurde nach unten gerissen, und plötzlich schrie sie froh — es war wie ein lautes Aufatmen — und flog aufwärts, höher und höher. Ein zusammengekrümmtes Stück Schnur hing ihr aus dem Schnabel. Sie hatte die Schnur zerrissen; die kleinen Jungen starrten ihr nach und schimpften über die schlechte Schnur, wegen der ihnen die Beute entgangen war.

Höher und höher schoß sie hinauf, hoch über dem Dorf nach Norden zu, wo auf der Felskante in den Klippen das Weibchen war. Während sie so weiterschoß und segelte und vorwärtseilte, baumelte die ganze Zeit in komischen kleinen Zuckungen die Schnur herunter wie ein langer Wurm, der entführt wurde und sich nun wieder aus dem Schnabel der Möwe herausschlängeln wollte. Und die ganze Möwenschar folgte der mit dem Haken; sie machten ein schreckliches Getöse, kreischten und blickten mit entsetzten Auglein auf den Haken, der der Geschnappten aus dem Schnabel sah und von dem die Schnur herunterbaumelte.

Endlich hatte die Möwe ihre Felskante erreicht; sie war in halber Höhe in einer jäh Klippenwand. Das Meer grollte tief, tief unten. Das Weibchen saß auf den Eiern, und so schmal war die Felskante, daß sein Schnabel schon über die See hing. Die Möwe landete neben dem Weibchen, das nachlässig den Schnabel nach Nahrung aufsperrte und dann den Haken sah und laut aufkreischte. Die ganze Möwenschar flog krakeelend gegen die Felsenwand und wirbelte umher. Die Möwe mit dem Haken war ganz benommen von all dem Gekakel, steckte ein Bein unter den Flügel und ließ langsam den Kopf sinken, bis die Schnabelspitze das Gestein berührte. Ein kleiner Blutstropfen rieselte den Schnabel hinunter und fiel auf den Felsen.

Da packte das Weibchen die Schnur mit ihrem Schnabel und begann wie wild daran zu zeren, ohne daß sie sich von den Eiern erhob, und krakeelte die ganze Zeit schrill, wie eine böse Sieben, die ihre Nachbarin beschimpft.

Der verwundete Vogel fiel auf die Brust und ließ den Kopf schlaff hängen, während die ganze Möwenschar dichter herzuflatterte und gedämpftere Schreie ausstieß. Einige setzten sich auf nahe Felskanten und reckten die

Hälse, um dem Weibchen bei seinem wütenden Picken zuzuschauen.

Bald hatte es die Schnur durchgewetzt. Dann ergriff es den Widerhaken, der unterhalb des Schnabels herausstach. Sie zog daran. Das Männchen würgte einen Schrei hervor und schlug mit den Flügeln, das Weibchen jedoch bog den Hals vor und zerzte wieder krampfhaft am Haken, so daß er fast herauskam — aber das gebogene Stück mit der Schnur daran blieb im Schnabel des Männchens stecken. Ein Rinnsal Blut floß hervor. Das Männchen konnte den Schmerz nicht länger aushalten und versuchte sich frei zu machen. Wild zuckte es zurück, und der Haken blieb im Schnabel des Weibchens. Nun gab's ein wildes, triumphierendes Gekakel, als der befreite Vogel sich taumelnd auf die Füße stellte und den Schnabel hin und herschüttelte. Dann stieß er einen schwachen, klagenden, erstauten Ton aus und tauchte den Schnabel in eine kleine Wasserpfütze auf der Felskante.

Das Weibchen setzte sich wieder auf den Eiern zurecht, glättete sich überlegen die Federn und schloß gelangweilt die Augen.

(Aus dem Englischen von Elisabeth Schnack)

Der Sänger von Montmartre

Von Josef Luitpold

Die Stadt lag verdunkelt,
Die Sirenen waren bereit,
die Schreie des Schreckens auszustoßen.
Die großen Plätze blinzelten scheu
mit bläulichen Lichtern.
Stumme Schatten, saßen die Menschen
auf den Bänken der schwarzen Boulevards.

Droben aber auf dem Montmartre
nahe dem Denkmal des gefolterten Jünglings,
vor leeren Tischen und Stühlen,
aber auf der Straße,
horchten die letzten Spaziergänger,
im Café de la Bohème
stand der schlanke Sänger.

Schöner als je
sang er sein Lied
in die verdunkelte Welt.

Ich bin kein Staatsmann, sang er,
kein General, kein Kanonenhändler,
ich bin ein Sänger, sang er,
Sänger der Liebe, Sänger des Friedens,
Sänger in verdunkelter Welt,
sang der Sänger von Montmartre.

Die wandernden Schmiede kehren heim

400 Jahre sind sie ihrem Schwur treu geblieben — die Schmiede von Chittor in Indien. Damals im 16. Jahrhundert — der Feind lag vor der Festung — gelobten sie, niemals in einer besetzten Stadt zu leben.

Die Mogulen besiegten den König der Radschputen, Rana Pratap Singh, und nahmen die historische Festung Chittor ein. Vielleicht traf diese Niederlage die Schmiede härter als die übrige Bevölkerung, denn sie waren es, die ihm die Rüstung gefertigt hatten, die er in der entscheidenden Schlacht trug. So packten sie denn nach dem Fall der Stadt ihr Hab und Gut auf Ochsenkarren und zogen in den Dschungel. Rana Pratap Singh wurde schon in der nächsten Schlacht getötet. Die Schmiede aber zogen weiter durchs Land und verdienten sich einen kargen Lebensunterhalt mit Gelegenheitsarbeiten in den Dörfern. Niemals rasteten sie unter einem Dach und nirgends verweilten sie, getreu ihrem Schwur.

Im Laufe der Zeit bürgerte sich bei der Bevölkerung für diese Nomaden, die äußerst geschickt Töpfe und Metallgegenstände zu flicken verstanden, die Bezeichnung „Cadulja Lohars“ (Karren-Schmiede) ein. Niemand außer ihnen selbst wußte sich noch zu erinnern, aus welchem Grund sie ein Leben führten wie die Lambaras und Alemanis, die Viehdiebe waren. Schmiede sind für gewöhnlich seßhafte Leute.

Heute nun ist Indien wahrhaft frei, und somit ist auch Chittor wieder frei, stellten die Cadulja Lohars fest und beschlossen, nach 400 Jahren endlich wieder heimzukehren. Die Einwohnerschaft von Chittor hat daraufhin ein Empfangs- und Betreuungskomitee gebildet, Premierminister Nehru hat sein Erscheinen beim Empfang zugesagt und der Maharana von Udaipur, Radschputanas ältester Edelmann und direkter Abkömmling von Rana Pratap Singh, eine Spende von 50 000 Rupien (etwa 44 000 DM) für die wirtschaftliche Wiedereingliederung der Schmiede angekündigt.

An dieser kleinen Geschichte wird deutlich, wie stark dieses Gefühl, frei zu sein, von der indischen Bevölkerung Besitz ergriffen hat. Daß die Lohars von Chittor nach 400 Jahren heimkehren, gibt der Unabhängigkeit greifbare Gestalt.

(Copyright — THE MANCHESTER GUARDIAN)

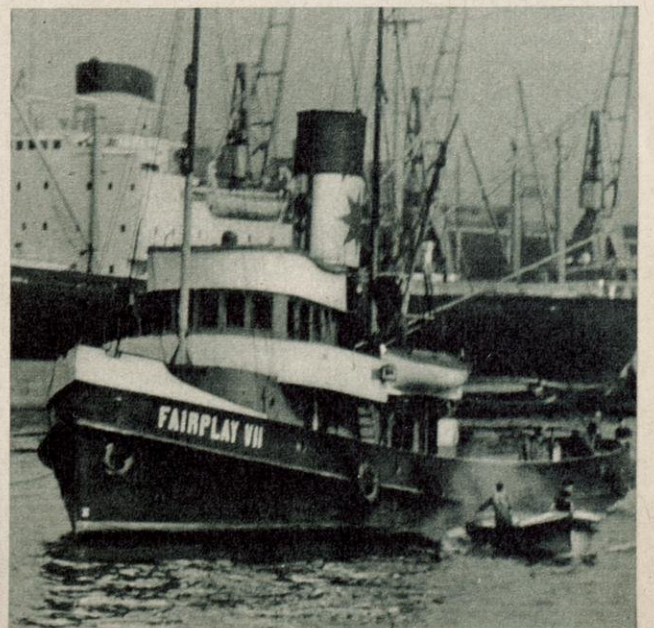
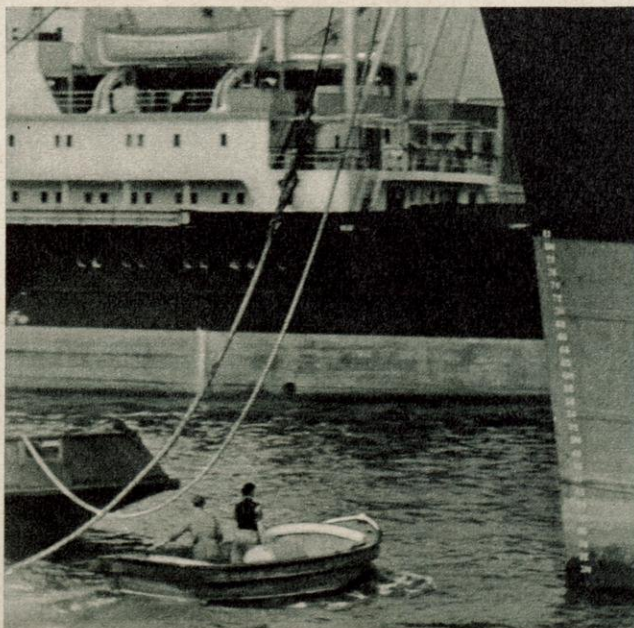
Ein Schiff läuft vom Stapel

In seiner ersten Reportage über Hamburg zeigt „Aufwärts“ den Stapellauf eines Schiffes. Möge das Schiff immer gute Fahrt haben — und möge es zeugen vom Arbeitswillen der deutschen Arbeiter und ihrer friedlichen Gesinnung. Es fotografierte unser Freund Ernest Dehnke.

Das Gesicht der Städte: das ist ihre eigentliche, ihre die Zeiten überdauernde Leistung. Dem Auge stellt es sich dar in der Anlage der Straßen, in der Architektur der Häuser, im täglichen Lauf des geschäftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Aber das ist doch nur das äußere Bild. Denn wie sonst wäre es denkbar, daß eine Stadt trotz mehrfacher Zerstörung wieder ihr altvertrautes, wenn auch nunmehr wesentlich verjüngtes Gesicht zurückgewinnen kann? Dieses Wunder der Wiedergeburt ist nur möglich, wenn die Bewohner das Gesetz, nach dem ihre Stadt entstanden und gewachsen ist, in sich



selbst tragen, wenn dieses Gesetz nicht in äußeren Formen erstarrt ist, sondern noch im täglichen Leben wirkt. Deshalb gibt es Städte, die die Schläge des Krieges nie überwinden, weil der Geist fürstlicher oder kirchlicher Herrschaft, der sie entstehen ließ, seit langem erloschen ist. Und es gibt andere Städte, die sich selbst aus Schutt und Asche wieder zu erheben vermögen. Eine solche Stadt ist Hamburg. Hamburg ist zweimal in seiner neueren Geschichte fast tödlich getroffen worden: durch den großen Brand im September 1842 und durch die Bombenangriffe im Juli 1943. Der große Brand vernichtete fast ausnahmslos seine alten Baudenkmäler. Und dennoch wirkt Hamburg auch heute noch als eine traditionsreiche Stadt. Die Bomben vernichteten außer einigen ausgedehnten Wohn- und Industrievierteln wiederum einen großen Teil der Innenstadt und zahlreiche Hafenanlagen: sie griffen mit ihrer Totenhand an die Wurzeln der städtischen Existenz. Und dennoch ist Hamburg heute schon wieder die lebendigste, die internationalste, die am meisten friedensmäßige deutsche Großstadt. Es hat sein entstelltes Gesicht im alten Geiste verjüngt. Diese Leistung gilt es zu verstehen. So eindrucksvoll die Zahlen sein mögen, die Auskunft geben etwa über die Kubikmeter weggeräumter Trümmer oder wiederhergestellter Wohnungen und Geschäftsräume — sie sind doch nur dürftige Stenogramme eines lebendigen Geschehens. Und das Wunder dieser Wiedergeburt zu begreifen, dürfen wir uns nicht an die Steine, sondern müssen uns an die Menschen halten, an diesen sonderbaren Schlag, der seine Eigenart über alle Krisen hinweg und trotz einer zunehmenden Überfremdung sich zu erhalten vermochte. Nicht Pläne und Programme haben Hamburg wieder aufgebaut, sondern eben diese seine Bewohner. Justus Bueckschmitt



Zu unseren Bildern:

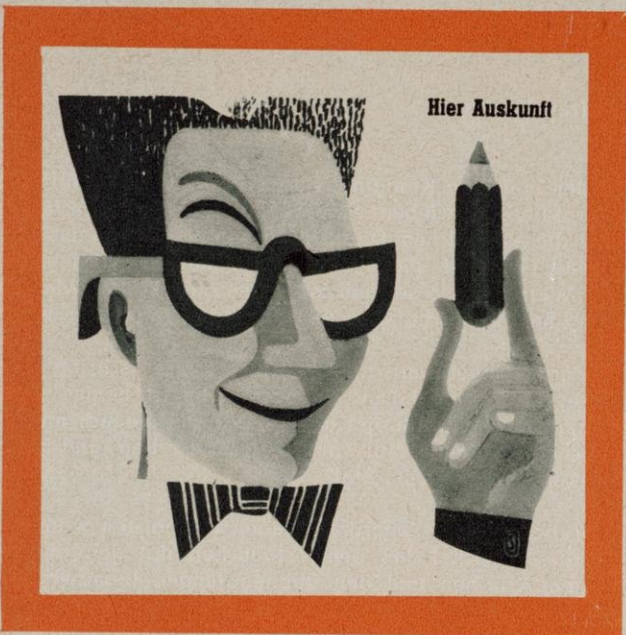
Symbolhaft für der Hansestadt Wiederaufstieg ist der Stapellauf eines Schiffes auf einer der großen Hamburger Werften. Ein Stapellauf ist ein großes Ereignis in dem wahrhaft nicht ereignislosen Welthafen an der Elbe (oben). Die Arbeiter verfolgen aufmerksam, wie ihrer Hände Werk zum erstenmal schwimmt (rechts Mitte). Allerdings, kaum hat der Riesenkasten aus Stahl seine Freiheit gewonnen, werfen wagemutige Männer in winzigen Schaluppen, „Festmacher“ genannt, schon wieder Taue aus (unten links) und verbinden neues Schiff und alten „Fair play VII“ miteinander. Das „Neugeborene“ wird wieder an den Pier zurückgezogen (unten rechts), um bis zur Vollendung ausgebaut zu werden. Monate später geht es auf große Reise.

Liebe Freunde!

Heute zum letztenmal an der Spitze ein allgemeiner Lagebericht über das Echo auf meinen Vorschlag, einem jungen Menschen aus kolonialem Gebiet eine wissenschaftliche oder technische Ausbildung zu finanzieren („Aufwärts“ Nr. 2 und 3/55): Acht Leser hatten sich gleich zu Anfang gemeldet, sieben sind nun noch hinzugekommen. Insgesamt fünfzehn reichen nicht aus, selbst wenn man berücksichtigt, daß einige Freunde im Namen mehrerer geschrieben und andere sich bereit erklärt haben, mehr als eine D-Mark im Monat zu zahlen. Wenn wir nicht wenigstens auf hundert zuverlässige Zustimmungen kommen, sehe ich schwarz. Noch einmal muß ich euch bitten, gleich jetzt — das ist wichtig, nachher geht's euch wieder durch — mit ein paar Zeilen eure Meinung zu sagen. Damit ihr wißt, was dieser und jener Freund davon hält, bringe ich anschließend ein paar Sätze aus ein paar Briefen. In alter Freundschaft, Thomas.

Eine schöne Geste

Heinz Hauser in Mannheim schreibt: „... Es wäre eine schöne Geste, wenn wir diesen Plan verwirklichen können.“



Gerade wir jungen Menschen sollten das schaffen, was die ältere Generation nicht schaffen konnte: Keinen Unterschied mehr zwischen Rassen und Religionen. Weitere Freunde sind bereit, sich finanziell zu beteiligen.“

Ich danke Dir, Heinz. Es wäre übrigens wahrscheinlich sogar mehr als eine schöne Geste. Unterentwickelte Länder brauchen jeden Mann mit Fachbildung wie das liebe Brot, um voranzukommen.

Schwache Kasse

Aus Bebenhausen/Tübingen schreibt Sigmund Huber: „In meiner Jugendgruppe — ich leite die Jugendgruppe der IG Druck und Papier, Tübingen — haben wir darüber diskutiert. Ich bin überzeugt, daß größere, gut bemittelte Jugendgruppen mitmachen werden. Aber bei uns gilt die Tatsache: kleiner Ortsverein — kleine Unterstützung. Und unsere eigene Kasse ist ebenfalls schwach. Ich selbst möchte mich als Spender beteiligen.“

Gleichfalls besten Dank. Welche „Jugendkasse“ ist nicht schwindstüchtig, Sigmund? Aber auch bei eurer besonders schwachen Kasse wird's doch vielleicht für zwei, drei D-Mark je Monat reichen?

Kennen Sie uns?

B. Neidhardt in Bremerhaven stimmt meinem Vorschlag zu und ergänzt ihn: „Der junge Mensch, egal ob Mädchen oder Junge, sollte aus den ehemaligen deutschen Kolonien stammen, Togo, Deutsch-Ostafrika oder Südwestafrika. Die Schwarzen dort haben uns bisher noch nicht vergessen, und wir sollten ihnen zeigen, daß auch wir sie nicht vergessen haben.“

Ob „die Schwarzen“ sich wirklich noch an ihre ehemaligen deutschen Herren erinnern? Und wenn ja, ob sie in guter Erinnerung sind? Mich würde interessieren, wie Du über die Frage der Kolonien allgemein denkst. Im übrigen wäre es mir auch recht, wenn wir uns von dort einen Freund holen würden.

Ein Unterschied

Aus Braunschweig haben wir einen Brief von Wolfram Hackenberg: „... Ich bin also gern bereit, einen monatlichen Beitrag von ein, zwei oder drei D-Mark zu leisten. Allerdings frage ich mich, ob es unbedingt ein Ausländer sein muß. Fast glaube ich, es gäbe auch in Deutschland viele junge Menschen, die einer solchen Hilfe bedürfen. Außerdem glaube ich, daß man mit 500 D-Mark monatlich zwei jungen Menschen ein Studium ermöglichen könnte. Ich habe selbst studiert und mit etwa 120 D-Mark monatlich auskommen müssen. Das kann ein Ausländer nicht, aber mit dem doppelten Betrag geht es glatt!“

Gewiß gibt es auch in Deutschland sehr viele junge Menschen, denen für ein Studium Unterstützung zuteil werden müßte. Aber ich sehe da doch einen Unterschied. In kolonialen und halbkolonialen Gebieten können sich unbemittelte junge Menschen sehr häufig selbst dann keine Fachausbildung verschaffen, wenn sie dieselbe Energie und Zähigkeit aufbringen würden, die zum Beispiel bei uns ein Werkstudent haben muß. Wenn wir 500 D-Mark monatlich zusammenbringen sollten, dann werden wir scharf kalkulieren, ob sie für zwei reichen. Zu bedenken gebe ich, daß auch die Überfahrt usw. bezahlt werden.

**Tusche und Plakattfarben
contra Gewehre und Kanonen**

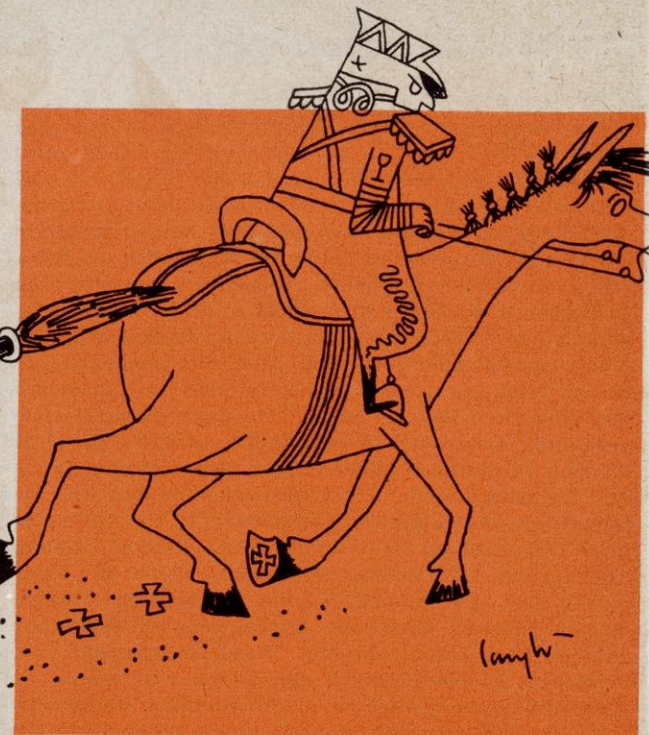


Gewehre und Kanonen kosten hunderte, tausende, zehntausende D-Mark. Tusche und Plakattfarben dagegen kosten nur Groschen.

Hinter Gewehren und Kanonen steht immer der Tod.



Denselben Heilungsprozeß fördern gewiß auch die Plakattfarben der Gewerkschaftsjugend in Augsburg und Krefeld. In Augsburg leuchtete an den Straßen: „Militär bringt Krieg, Krieg bringt Elend“ — „Höhere Löhne statt Wehrsold“ — „... ich trage Zivil.“ In Krefeld fuhren die künftigen Zwangskanoniere mit Schildern auf Rädern durch die Stadt: „Erst Eisernes Kreuz, dann Eisen ins Kreuz“ — „Gebt



Hinter Tuscheglas und Farbentopf aber, da sitzt niemals der Tod. Im Gegenteil, wenn der richtige Kopf diese Flüssigkeiten zu gebrauchen weiß, können Tusche und Farben wirksame Arzneien gegen diesen Kanonentod sein. Unser Zeichner, Günter Canzler, gebraucht die Tusche so. Mit herzhafem Witz und geistvoller Ironie karikiert er die ehemaligen und kommenden Kanonen-Kommandeure. Seine Zeichnungen prägen sich ein. Sie sind Serum gegen die aufkommende Kanonenseuche. Canzlers Gegengifte wirken langsam. Und eines Tages ist der Patient geheilt, weil er über jene Bazillenträger nur noch lachen kann.



uns Lehrstellen statt Wehrstellen“ — „Nie Bruderkrieg.“ Im Süden und im Westen, in Krefeld und in Augsburg, zeigen die so heilsam angewandten Plakattfarben erste Erfolge. Viele Väter und Mütter stimmten den besorgten jungen Kollegen zu. Wie übrigens überall in bundesrepublikanischen Landen. Des Patienten Widerstandskräfte brauchen scheinbar nur angesprochen zu werden.

Canzler gibt Pillen aus Tusche zu schlucken. Die DGB-Jugend setzt kräftigere Spritzen aus Plakattfarben. Der Patient sind wir alle. Es geht um unser aller Leben und Tod.